

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Atomwaffenverbot statt einem neuen atomaren Wettrüsten

Der Landtag stellt fest:

Am 2. August 2019 ist die Kündigung des INF-Vertrags, dem Verbot aller nuklearen Mittelstreckensysteme zwischen der USA und der früheren Sowjetunion, durch die USA wirksam geworden. Auch Russland hat erklärt, den Vertrag verlassen zu wollen. Anlass war der gegenseitige Vorwurf, den Vertrag bereits seit längerem verletzt zu haben. Es droht nun ein neues Wettrüsten zwischen den USA und Russland mit landgestützten Raketen, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können.

Neben diesen beiden Staaten können auch Großbritannien, Frankreich und China, aber auch Indien, Pakistan und Nordkorea auf mehrere Tausend Atomwaffensprengköpfe zurückgreifen. Ungeachtet der schrecklichen Folgen der Nutzung von Atomwaffen, streben darüber hinaus auch heute noch Staaten in Atomwaffenprogrammen die Entwicklung eigener nuklearer Sprengköpfe an. Der Schrecken, der von Atomwaffen ausgeht, ist deshalb auch nach Ende des Kalten Krieges immer noch gegenwärtig und kann für jeden jederzeit wieder schreckliche Realität werden.

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) – ein breites Bündnis internationaler Nichtregierungsorganisationen mit einer Vielzahl von Partnern von Gewerkschaften über religiöse und humanitäre Institutionen bis hin zu Umweltschutzorganisationen – war maßgeblich am Zustandekommen des aktuellen UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (UN-Atomwaffenverbotsvertrag) beteiligt. Für dieses Engagement erhielt ICAN im Jahr 2017 den Friedensnobelpreis.

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen wurde von den Vereinten Nationen im Juli 2017 mit 122 Ja-Stimmen verabschiedet. Er verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, die Lagerung und den Transport, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen, sowie die Drohung mit ihnen. Auf der UN-Generalversammlung im September 2017 unterzeichneten zunächst 53 Staaten, darunter Österreich, den Vertrag. Weder die Atommächte noch die NATO-Staaten, mit Ausnahme der Niederlande, nahmen an der Aushandlung und Abstimmung teil. Deutschland hat den UN-Atomwaffenverbotsvertrag bisher nicht unterzeichnet.

Zahlreiche Abgeordnete aus dem Europaparlament, dem Bundestag und den Landtagen haben deshalb eine Erklärung unterzeichnet, die die Ziele von ICAN unterstützt und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland fordert. Darunter sind auch viele Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz. Die Landeshauptstadt Mainz hat im Februar 2019 als erste Stadt in Deutschland den ICAN-Städteappell für ein Atomwaffenverbot unterzeichnet.

Der Landtag begrüßt, dass ICAN sich seit gut einem Jahrzehnt für das Verbot von Atomwaffen einsetzt und dabei auf ihre katastrophalen humanitären Konsequenzen aufmerksam macht. Der Landtag Rheinland-Pfalz teilt die Ziele der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und strebt eine Welt ohne Atomwaffen an. Mit diesem Beschluss reiht er sich ein in die Reihe von Landtagen, die diese Ziele unterstützen.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer